

MOTORFAHRZEUGSTATISTIK

Erneut deutlich mehr Fahrzeuge

VADUZ – Der vergangene Monat Oktober hatte es punkto Immatrikulationszahlen in sich: Die Fahrzeuge legten um 10 Prozent, die Personenwagen gar um 18,3 Prozent zu. In totalen Zahlen: Im Oktober 2005 wurden in Liechtenstein insgesamt 209 neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) immatrikuliert – davon waren 155 Personenwagen. Zum Vergleich: Im Oktober 2004 lagen die Zahlen bei 190 (Fahrzeuge insgesamt) und 131 (Personenwagen).



Wie aus der gestern vom Amt für Volkswirtschaft veröffentlichten Motorfahrzeugstatistik für Oktober 2005 weiter hervorgeht, liegt die Marke VW wie gehabt an erster Stelle – und zwar mit 36 neu zugelassenen Personenwagen. Es folgen Mercedes-Benz mit 19, BMW mit 14 und Audi (Bild) mit 10. Der Anteil der mit Diesel-Kraftstoff betriebenen Personenwagen betrug 36,8 Prozent (Oktober 2004: 38,2 Prozent).

Der Zehnmonatsvergleich zeigt die VW-Vormachtstellung noch eindrücklicher auf: Von Januar bis Oktober 2005 stehen die Wolfsburger mit 257 immatrikulierten Personenwagen mit gewaltigem Abstand an erster Stelle. Der deutlich abgeschlagene Zweite heisst BMW mit 135 PWs, es folgen Toyota mit 133 und Audi mit 117 neu zugelassenen Autos. Insgesamt wurden in den ersten zehn Monaten 2237 neue Fahrzeuge in Verkehr gesetzt, davon waren 1596 Personenwagen. Diese Werte lagen von Januar bis Oktober 2004 bei 2152 (Fahrzeuge insgesamt) und 1554 (Personenwagen). Somit erhöhte sich die Immatrikulationszahl bei den Fahrzeugen um 3,9 Prozent, jene der Personenwagen liegt um 2,7 Prozent über dem Vorjahreswert. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2005 betrug der Anteil der mit Diesel-Kraftstoff betriebenen Autos 31,9 Prozent (Vergleichszeitraum 2004: 31,5 Prozent).

Die aktuelle Motorfahrzeugstatistik Oktober 2005 sowie weitere Publikationen, die im PDF-Format zum Download zur Verfügung stehen, finden Sie auch im Internet unter www.avw.llv.li. (le)

Keine Steuererhöhungen

Regierungschef Otmar Hasler über die Finanzplanung 2006–2010

VADUZ – Die Finanzplanung der Jahre 2006–2010 zeigt ein grundlegendes Problem auf, dem nur durch frühzeitige Korrekturmassnahmen entgegen gewirkt werden kann: Der Cashflow aus der ordentlichen Staatstätigkeit wird sinken, sodass zur Finanzierung der Investitionen die Reserven abgebaut werden müssten. Daher hat die Regierung ein umfassendes Massnahmepaket vorgestellt.

• Martin Frommelt

Volksblatt: Herr Regierungschef, in den Finanzdebatten der letzten Jahre standen immer wieder die finanzpolitischen Eckwerte zur Diskussion. Wie steht es nach der neuesten Planung damit?

Otmar Hasler: Wenn wir keine Korrekturen in der Finanzplanung vornehmen werden, können die finanzpolitischen Eckwerte nicht mehr eingehalten werden. Allerdings muss an dieser Stelle angefügt werden, dass die heute geltenden Eckwerte in einer Zeit formuliert wurden, in der die Wirtschaft und damit einhergehend die Einnahmen des Staates durch enormes Wachstum geprägt waren.

Was passiert, wenn die liechtensteinische Politik die von der Regierung vorgeschlagenen Korrekturen vornimmt?

Dann könnten wir schon in wenigen Jahren die wesentlichen Eckwerte des Finanzleitbildes wieder erreichen. Am Ende der Planungsperiode, nämlich im Jahre 2010, das war letztlich die zentrale Absicht der Regierung bei der Erstellung des Finanzplanes, wollen wir wieder sämtliche Eckwerte einhalten können. Und wohlgerne Eckwerte, die zu Zeiten der Hochkonjunktur und der ungebremsten wirtschaftlichen Zuversicht erstellt wurden.



Regierungschef Otmar Hasler: Die Regierung setzt auf Sparanstrengungen, Steuererhöhungen sind nicht geplant.

Die Steuern und Abgaben werden in den laufenden Rechnungen der nächsten Jahre eine zentrale Funktion im Staatshaushalt einnehmen. Wie sehen die Prognosen für den Bereich der wichtigsten Staatseinnahmen aus?

Die Schätzungen der einzelnen Steuerarten sind durchaus realistisch, sind aber wie bei solchen Prognosen üblich etwas vorsichtig eingeschätzt. Es gilt schliesslich, realistisch-vorsichtig zu planen. Natürlich kann es immer wieder vorkommen, dass eine Steuerart überdurchschnittlich wächst. Auf der anderen Seite kann unter bestimmten Umständen eine einzelne Steuerart auch grosse Probleme verursachen und unerwartet hohe Rückgänge verzeichnen. Das ist etwa bei der Couponsteuer der Fall. Die Ausfälle müssen irgendwie kompensiert werden. Deshalb bestehen Pläne zur Revision des

Steuerrechts. Eine gewisse finanzpolitische Perspektive besteht im Bereich der Mehrwertsteuer. Nachdem die Schweiz eine Erhöhung der Mehrwertsteuer angekündigt hat, die in unserem Land nachvollzogen und ebenfalls wirksam würde. Aber diese Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer werden frühestens ab 2008 wirksam werden.

Und bei den Steuern, die Liechtenstein selbstständig festlegen kann? Gibt es hier Veränderungen? Gibt es hier einen Spielraum?

Spielraum wäre sicher vorhanden, denn wir prüfen selbstverständlich sämtliche Steuerarten. Im Vergleich zu den umliegenden Ländern haben wir immer noch niedrige Steuersätze. Aber wir gehen nicht von Steuererhöhungen aus. Die Finanzpolitik der Regierung

konzentriert sich auf Sparmassnahmen, auf die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Einsparungen und natürlich auf Möglichkeiten, neue oder zusätzliche Einnahmen zu generieren. Daher möchte ich mit Nachdruck festhalten, dass die Finanzpolitik der Regierung keine Steuererhöhungen vorsieht.

Wie steht es mit dem Finanzausgleich vom Staat zu den Gemeinden?

Den Finanzausgleich müssen wir in der Tat überprüfen. Dabei zählen wir im Interesse der Sicherung eines langfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes auf die Mitarbeit der Gemeinden. Letztlich ist es nämlich auch für die Finanzbeziehungen zwischen Land und Gemeinden zentral, dass das Land über eine gesunde Finanzstruktur verfügt.

Es ist meines Erachtens daher die grundsätzliche Übereinstimmung vorhanden, dass es nicht Aufgabe des Finanzausgleichs ist, die Gemeinden mittels der Finanzzuweisungen mit möglichst hohen und wachsenden Reserven auszustatten. Wir gehen für die Zukunft von einem bedarfsgerechten System für die Gemeinden aus. Geplant ist konkret die Anhebung des Landesanteils an der Kapital- und Ertragssteuer. Im Moment erhält der Staat an dieser wichtigen Steuer nur noch einen Anteil von 42,5 Prozent. Die Regierung möchte diesen Anteilssatz wieder anheben, und zwar auf 50 Prozent. Das würde dann bedeuten, dass Staat und Gemeinden je die Hälfte aus der Kapital- und Ertragssteuer erhalten. Dass die Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben die notwendigen Finanzmittel brauchen, steht dabei ausser Frage. Ausser Frage steht aber zugleich, dass auch der Staat das notwendige Geld für die Erfüllung seiner umfangreichen und zahlreichen Aufgaben braucht.

VERANSTALTUNGEN

Ein Jahr unter tibetischen Mönchen

VADUZ – Im Rahmen des Kulturkalenders erzählt Heinz Meyerhans am Mittwoch, 9. November um 17.00 Uhr im Foyer des Liechtensteinischen Gymnasiums in Vaduz unter dem Titel «Ein Jahr unter tibetischen Mönchen – oder Unterricht einmal anders» von seinem Intensivfortbildungsjahr in Indien. Heinz Meyerhans wird seinen Vortrag mit verschiedenen Bildern umrahmen. Zu dieser Veranstaltung sind alle recht herzlich eingeladen. (PD)

Jugendgottesdienst

VADUZ – Am Sonntag, den 13. November um 19 Uhr findet im St. Josef Kirchlein Vaduz ein Jugendgottesdienst statt. Das Thema: «Berufung – Auch was für mich?» Wer sich mit uns darüber Gedanken machen und gemeinsam beten, singen und feiern will, ist herzlichst eingeladen! Kath. Pfarramt Vaduz

Stammtisch des Vereins für Zöliakiebetreffene

SCHAAN – Heute Abend findet um 19.30 Uhr der Stammtisch des Vereins für Zöliakiebetreffene im Postgebäude in Schaan statt. Zu diesem Stammtisch sind alle Betroffenen und deren Angehörige herzlich willkommen. Unser heutiges Thema: Weihnachtsgebäck (Rezepte und Musterli dürfen gerne mitgebracht werden). (PD)

Massnahmen gegen Defizite

Entwicklung der laufenden Haushaltrechnung nach dem Finanzplan 2006–2010

VADUZ – Die Finanzperspektiven sehen in der Finanzplanung 2006–2010 nicht sehr zuversichtlich aus. Ohne Korrekturen und Sparmassnahmen droht im Finanzplan ein wachsendes Defizit. Wenn die heute in der Finanzplanung prognostizierten Zahlen ohne Korrekturen fortgeschrieben werden, werden in den nächsten fünf Jahren rund 240 Mio. Franken staatliche Reserven abgebaut.

• Martin Frommelt

Der Finanzplanung für die Jahre 2006–2010 liegen Prämissen auf der Ertrags- und auf der Aufwandsseite zugrunde, nach denen die mutmassliche Entwicklung der laufenden Rechnung abgeschätzt werden kann. Auf der Einnahmenseite geht die Regierung davon aus, dass sich die wichtigsten Ertragsposten sehr unterschiedlich entwickeln werden. Beispielsweise gehen die Prognosen von einem Wachstum der Vermögens- und Ertragssteuer von 3 Prozent aus, während die Einnahmen aus der Kapital- und Ertragssteuer um

3,5 Prozent ansteigen sollen. Auf der Aufwandsseite muss von einer Anhebung des AHV- und des IV-Beitrags ausgegangen werden. Ebenso wird mit einem Anstieg der Gesundheitskosten gerechnet, was sich in den Beiträgen des Staates an die Krankenversicherung niederschlagen wird.

geringes Einnahmewachstum

Das abschbare finanzpolitische Umfeld lässt die Prognose zu, dass im Planungszeitraum 2006–2010 die laufenden Erträge ein durchschnittliches Wachstum von 1,2 Prozent aufweisen werden – gegenüber einem durchschnittlichen Rückgang von 0,2 Prozent im Vergleichszeitraum 2001–2005. Unter diesen Voraussetzungen werden die Erträge aus der ordentlichen Staatstätigkeit im Budgetjahr 2006 auf 781 Mio. Fr. geschätzt und erhöhen sich sukzessive bis auf 815 Mio. Fr. am Ende der Planungsperiode im Jahre 2010.

Niedrige Beitragsleistungen

Die laufenden Aufwendungen steigen laut Finanzplan in den Jahren 2006–2010 um durch-

schnittlich 2,9 Prozent an, was im Vergleich zu den bisherigen Zuwachsraten von 4,1 Prozent die Sparanstrengungen der Regierung unterstreicht. Werden die einzelnen Aufwandsposten betrachtet, so wird sich der Personalaufwand von 155 auf 163 Mio. Fr. erhöhen. Gegenüber dem Zeitraum 2001–2005, als die Personalkosten von 122 auf 153 Mio. Fr. oder um 31 Mio. Fr. anstiegen, wird sich das Ausgabenwachstum im Personalbereich deutlich abschwächen. Der Sachaufwand, der schon in den vergangenen Jahren nur geringe Zuwachsraten aufwies, dürfte sich ungefähr auf dem Niveau des Rechnungsjahres 2005 einpendeln – allenfalls mit geringem Zuwachs.

Anderer stellt die Sachlage bei den laufenden Beiträgen aus. Zwischen 2001 und 2005 von 271 auf 330 Mio. Fr. anstiegen. Auch in der Finanzplanung 2006–2010 rechnet die Regierung mit einem deutlichen Anstieg von 243 auf 300 Mio. Fr. Allerdings werden die jährlichen Zuwachsraten im Vergleich zu den Vorjahren abgeschwächt. In diesem Bereich spielen die Bemühungen zur Stabilisie-

rung des Krankenkassen-Beitrags eine bedeutende Rolle.

Defizit ohne Massnahmen

Sollten keine Massnahmen ergriffen werden, zeichnet sich im Planungszeitraum 2006–2010 in der laufenden Haushaltrechnung ein sinkender Cashflow aus der ordentlichen Staatstätigkeit, also ohne Einbezug des Finanzausgleichs, ab. Wird für das Budget 2006 noch von einem Cashflow von 22 Mio. Fr. ausgegangen, so werden am Ende des Finanzplans die Aufwendungen im Ausmass von 840 Mio. Fr. die Erträge in Höhe von 815 Mio. Fr. aus der ordentlichen Staatstätigkeit übersteigen. Aus dieser Konstellation resultiert eine Korrektur des negativen Cashflows um 25 Mio. Fr., die im Jahr 2006 durch Sparmassnahmen erreicht werden kann. Unter Einbeziehung der Abrechnungen wird in der laufenden Rechnung im Budgetjahr 2006 ein Defizit von 27 Mio. Fr. veranschlagt. Im Jahr 2010 betragen die Defizite 110 Mio. Fr. Es ist anzunehmen, dass diese Defizite korrigiert werden können, wenn die Sparmassnahmen konsequent durchgeführt werden, damit durch den Abbau von Reservermitteln.